

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Monatsheften 20 Mark, bei Einzelheften 1 Mark. Die Kosten für den Transport sind zu zahlen. Die Zustellung erfolgt durch die Post. Die Redaktion ist in der Stadt Dresden, Neumarkt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Druckerei ist in der Stadt Dresden, Neumarkt 1. Die Druckerei ist in der Stadt Dresden, Neumarkt 1.



Angabenpreis: die 8-spaltige Hauptzeile 20 Mark, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichsmark. Nachmittagsgebühr 20 Reichsmark. Der Verlag ist in der Stadt Dresden, Neumarkt 1. Die Druckerei ist in der Stadt Dresden, Neumarkt 1.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 157 — 88. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 9. Juli 1929

„Ehrliche Arbeitsgemeinschaft“

Die Programmrede des neuen englischen Ministerpräsidenten MacDonald hat mit dem, was sie — nicht sagte oder nur sehr zurückhaltend andeutete, wieder einmal bewiesen, daß ein Abgrund liegt zwischen Parteiprogramm und Wirklichkeit. Nicht einmal so weit will man in England gehen, wie das in Deutschland bereits seit langen Jahren durchgeführt ist: die Kontrolle der Preispolitik im Verkehr durch ein öffentlich-rechtliches Institut, wie es der Deutsche Reichskohlenrat ist. Seine Wirksamkeit stellt eine starke Einschränkung des Unternehmertums dar, hat Parallelen in der Kraft- und Eisenindustrie und bedeutet außerdem den Anfang einer gegenständlichen Entwicklung zu dem, was sich in den anderen großen Industriezweigen der Welt abspielt. Doktor Bönsgen, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Deutschen Eisens- und Stahlindustrieller, hat vor kurzem auf der Jubiläumstagung dieses Verbandes so manches gesagt über die Stellung des Unternehmers im heutigen Staat, über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, was vielfach auf Ablehnung, andererseits aber auch wieder auf Billigung weiter Kreise gestossen ist. Man erinnert sich ja kaum noch daran, daß wir vor zehn Jahren die Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besaßen, und daß der verkörperte Hugo Stinnes besaß, und daß der gleichfalls nicht mehr am Leben befindliche Karl und der gleichfalls nicht mehr am Leben befindliche Karl und der gleichfalls nicht mehr am Leben befindliche Karl, einst Vorsitzender des Verbandes der Freien Gewerkschaften, es waren, die diese Zentralarbeitsgemeinschaft im November 1918 zusammenzubringen vermochten. Davon ist nicht mehr viel übriggeblieben; der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital oder zwischen Arbeiter- und Unternehmertum hat sich zu wachsender Schärfe zugespitzt, wobei es Dr. Bönsgen ganz besonders beklagt, daß sich das Unternehmertum politisch fast völlig zurückgezogen hat. Alles das, was vor zehn Jahren eingeleitet worden ist und unzweifelhaft auch viel dazu beitrug, die wirtschafts- und sozialpolitischen Folgen der Revolution, der beginnenden Inflation, all der sonstigen damaligen Schwierigkeiten zu mildern, scheint jetzt vergessen zu sein, und es ist leider nur eine Hoffnung, wenn Dr. Bönsgen die Überbrückung der Kluft zwischen Arbeit und Kapital dann erst für möglich hält, wenn „der Geist ehrlicher Arbeitsgemeinschaft, wie schon einmal in Zeiten tiefer Not, wieder zu freier Verständigung zwischen den Parteien der Arbeit führt“.

An die Stelle jener Zentralarbeitsgemeinschaft ist eine „Entscheidung der Parteien“ getreten, wie Dr. Bönsgen das noch sehr vorsichtig bezeichnet. Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerchaft werden befriedet nicht durch ein Übereinkommen, sondern durch einen Schiedspruch des Staates, der hinter die Entscheidung die Staatsgewalt stellt. Nur der Nachkampf hat Platz gegriffen, nicht aber die Einsicht, daß Unternehmertum und Arbeiterschaft letzten Endes doch gemeinsame Interessen um so mehr haben, als der deutschen Gesamtwirtschaft jetzt wieder durch den Young-Plan gewaltige Lasten auferlegt worden sind. Nicht etwa aus dem Munde Dr. Bönsgens, sondern aus dem des auch in Deutschland sehr bekannten englischen Wirtschaftlers Keynes stammt das Wort, daß Deutschland nur dann in der Lage sei, die ihm auferlegten Lasten zu tragen, wenn es „die Löhne für Spezialarbeiter im Verhältnis zu den im Ausland herrschenden Speziallöhnen nicht herabdrücken können“.

Man spricht von einer Entwicklung zum Hochkapitalismus, den die Jahre der Nachkriegszeit herbeigeführt haben. Kaum mit Unrecht; all die Hoffnungen auf Sozialisierung und dergleichen sind gescheitert und außerhalb Deutschlands haben Unternehmer größten Stillschlags, ob man dabei an Amerika, England, Schweden oder Frankreich denkt — maßgebenden Einfluß erlangt auf den Gang der internationalen Politik. In Deutschland hingegen, wo an die Stelle der Einzelpersonlichkeit die Macht der Organisation trat, haben wir diesen Unternehmertyp kaum noch zu verzeichnen. Wir sind aber auch nicht so weit wie etwa in England, wo Arbeitgeber- und Arbeitnehmerchaft durch ein freiwilliges Schlichtungssystem das Interessieren beider Seiten, sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, am Ertrage der Wirtschaft zum Ausdruck bringen. In Deutschland wirkt statt derartiger Übereinkunft, die von gemeinsamem Interesse diktiert ist, ausgleichend lediglich die Staatsgewalt, — ein Zustand, der durchaus nicht als erfreulich zu bezeichnen ist. Dr. Bönsgen erinnert noch an ein zweites Wort von Keynes: Deutschlands Leistungsfähigkeit bei der Erfüllung des Young-Plans wird auch dadurch bestimmt, ob die übrige Welt bereit ist, deutsche Waren anzunehmen. Leider ist diese Bereitwilligkeit überaus gering entwickelt, ist vielmehr festzustellen, daß gerade die wichtigsten Stützpunkte Deutschlands sich durch immer höhere Zollmauern gegen die deutsche Wareneinfuhr absperrten. Trotzdem ist die Streitfrage um die Minderung der Erträge der deutschen Wirtschaft zu nehmen hat, durch unsere Stellung als tributpflichtiger Staat schon entschoben. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Unternehmer und der Arbeiter, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Auslande durch eine „ehrlische Arbeitsgemeinschaft“ zu stützen, die in mancher Beziehung überhaupt erst möglich zu machen.

Tributpflichtig bis in das fünfte Glied

Vor einem Ausverkauf der deutschen Wirtschaft?

Die rheinisch-westfälische Wirtschaft zum Young-Plan. Die Spitzenorganisation der rheinisch-westfälischen Wirtschaft, der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, hatte seine Mitglieder und Freunde zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nach Düsseldorf eingeladen, um sie über die Ergebnisse der Pariser Reparationskonferenz zu unterrichten und zu dieser Stellung zu nehmen. Zu der Tagung fanden sich etwa 1200 Teilnehmer ein. Die führenden Männer der Wirtschaft waren fast ausnahmslos versammelt. Die Tagung erhielt ihre besondere Prägung durch die Anwesenheit der deutschen Sachverständigen auf der Pariser Reparationskonferenz, der Herren Dr. Rögler, Geheimrat Kasfi und Dr. Reichsior. Die Tagung wurde eingeleitet mit der Eröffnungsansprache von Paul Reusch-Oberhausen, der u. a. folgendes ausführte: „Mit der im Young-Plan vorgeschriebenen Festlegung der Tributpflicht auf weitere 59 Jahre kann und wird sich nach meiner Ansicht das deutsche Volk nicht abfinden. Wer — wie ich — Entschlinder hat, welche bereits die Schulbank drücken, muß bei Durchführung des Abkommens mit der geradezu erschütternden Tatsache rechnen, daß seine Nachkommen bis in die fünfte Generation tributpflichtig bleiben. Daß die Höhe der vorgesehenen Annuitäten für die deutsche Wirtschaft untragbar ist, haben sämtliche Sachverständigen zum Ausdruck gebracht. Kein verständiger Mensch glaubt daran, daß diese Annuitäten aus Ausfuhrüberschuß aufgebracht werden können. Die Folge wird sein, daß, wenn der Young-Plan in Kraft treten sollte, ein erschreckender Ausverkauf der deutschen Wirtschaft einsehen wird. Von diesem Ausverkauf, der bereits begonnen hat, wird insbesondere die deutsche Industrie betroffen werden. Ausländer werden einen erheblichen Teil der deutschen Industrie beherrschen. Bei konsequenter Durchführung des Young-Plans würde das deutsche Volk bald aufhören, eine Nation zu sein; Deutschland würde zu einem geographischen Bezirk herabstinken.“

Der Herr Reichsinnenminister hat in Kiel gesagt: „Verbilligung der Produktion und Erhöhung der Kaufkraft der Massen sind unsere Ziele!“ Mit diesen Zielen können auch wir uns einverstanden erklären. Die bisherigen Maßnahmen unserer Regierung haben jedoch das erstere Ziel in keiner Weise erreicht. Erfolg im Rahmen unserer gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht bald eine grundlegende Umkehr, so muß ein Teil unserer Wirtschaft verkümmern. Ich habe diese Ausführungen nicht gemacht, um die Arbeitnehmer anzugreifen, für deren Bestreben nach besserer Lebenshaltung im Rahmen des Möglichen jeder sozial denkende Mensch Verständnis haben muß, sondern aus dem Bedürfnis heraus, Regierung und gesetzgebende Körperschaften zu warnen, auf dem in den letzten Jahren beschrittenen Wege fortzufahren, ein Weg, der auf die Dauer das Ziel einer besseren Lebenshaltung nicht erreichen kann, sondern zur Verelendung des Volkes führen muß. Ich glaube nicht an die Möglichkeit der Durchführung des Young-Plans. Ich kann nicht glauben an eine Verflavung des deutschen Volkes für den Rest dieses Jahrhunderts. Ich glaube an eine göttliche Gerechtigkeit.“



Paul Reusch-Oberhausen, der bekannte Großindustrielle.

Nach Generaldirektor Reusch sprach Geheimrat Professor Dr. Weber-München über das Ergebnis der Pariser Konferenz und führte u. a. folgendes aus: Allgemein ist die Erkenntnis vorgebracht, daß letzten Endes die breiten Massen der Bevölkerung die Last der Tribute zahlen müssen. Suchen sich die Arbeiter durch künstliche Hochhaltung der Löhne zu wehren, dann werden sie dafür Minderung des Kapitals und damit vergrößerte Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen müssen. Die davon ausgehende soziale Unruhe muß der Ausbreitung des bolschewistischen Giftes Vorschub leisten. Auch aus diesem Grunde bedeuten die Kriegsschädigungen eine ernste Gefahr für Europa.

Deutschland hätte auf Grund seiner gewaltigen bisherigen Leistungen — unsere Bar- und Sachlieferungen machen bis jetzt allein mindestens 40 bis 50 Milliarden Mark aus — namentlich aber deshalb, weil das Fundament der Kriegsschädigungen, die Kriegsschuld, nicht mehr zu halten ist, theoretisch das beste Recht auf seiner Seite, wenn es weitere Tribute verweigern würde. Aber es gibt keinen Gerichtshof auf der Welt, vor dem Deutschland seinen Fall anhängig machen könnte.

Die Länder der Welt dürfen nicht übersehen, daß, wenn Deutschland untergeht, wenn man den Yogen zu straff gespannt hat, unser Untergang gleichbedeutend wäre mit dem

Untergang der ganzen europäischen Herrlichkeit, und das würde auch für den amerikanischen Geldbeutel eine äußerst empfindliche Einbuße bedeuten.

Kasfi und Böglers Reden in Düsseldorf.

Ein besseres Ergebnis war in Paris nicht zu erreichen. Im Verlauf der Tagung der großen Delegationen der Schwerindustrie die in Düsseldorf stattfand und die sich mit der Pariser Reparationskonferenz beschäftigte, erregte besondere Aufmerksamkeit die Reden des Geheimrats Kasfi und des Generaldirektors Böglers. Geheimrat Kasfi der beinahe bis zuletzt zur deutschen Delegation gehörte erklärte, daß durch die Annahme des Young-Plans Deutschland vor ganz andere Verhältnisse gestellt werde, die ein Höchstmaß an Leistung und zielreicherer positiver Führung bedingen. Man müsse eine Bilanz der bisherigen Wirtschaft- und Staatspolitik aufstellen, um Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen.

Zum Schluß sprach Bögler, um seine Haltung in Paris zu rechtfertigen. Er erkannte an, daß ein besseres Ergebnis in Paris nicht zu erreichen gewesen sei. Er habe von dem Augenblick an, als 1650 Millionen voll geschätzt angeboten wurden, nur noch darauf hingewirkt, daß keine höhere Summe bewilligt werde, und sich geweigert, eine höhere Summe zu unterzeichnen, nachdem er die Übereinstimmung seiner Auffassung mit der seiner Mandatgeber feststellte habe. Nachdem Bögler dann auf die Gefahren des Young-Plans hingewiesen hatte, sagte er, daß er an eine Revision glaube, nicht weil sie im Young-Plan verankert sei, sondern weil sie kommen müsse, wenn Deutschland zum Krisenzentrum Europas geworden sein werde.

Die Entschließung.

Einstimmig nahm dann der Vorstand des „Langnam-Bereichs“ folgende Entschließung an: „Der Young-Plan stellt eine politische und keine wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage dar. Die im Langnam-Bereich zusammengeschlossenen rheinisch-westfälischen Wirtschaftskreise lehnen daher die Verantwortung für die Möglichkeit der Erfüllung des Planes ab.“

Paris bleibt hartnäckig

Paris, 8. Juli. Ueber den Inhalt der neuen französischen Antwortnote an London verlautet noch, daß sie die Rheinlandräumung vor allem von der Mobilisierung der deutschen Schuld abhängig machen werde.

In französischen Kreisen versichert man, daß, wenn die Engländer Wiesbaden räumen würden, die englischen Truppen durch französische ersetzt werden dürften. Mit besonderem Nachdruck werde in der französischen Antwortnote darauf hingewiesen werden, daß der einzusetzende Feststellungs- und Veröhnungsausschuß unter allen Umständen bis zum Jahre 1935 im Rheinland zu verbleiben hätte. Die Behandlung der Saarfrage auf der kommenden politischen Konferenz werde mit der Begründung abgelehnt, daß diese Frage nur Deutschland und Frankreich angehe.